

Gerhard Drekonja-Kornat

KOLUMBIEN ZWISCHEN KRIEG UND FRIEDEN

Kolumbiens Geschichte ist eine Geschichte von Bauernkämpfen, ließe sich in Abwandlung eines historischen Satzes sagen. Bauernkämpfe indessen, deren taktische Gewinne strategisch immer wieder am Widerstand einer selbstbewussten und selten zu Kompromissen bereiten Aristokratie zerschellten. Somit konnte sich auch nie nachhaltig eine "relative Autonomie des Staates", die Reformen zugunsten der Kleinbauern (und später auch der urbanen Unterschichten) durchgesetzt hätte, herausbilden. Kolumbiens Staat agierte atrophisch und nähert sich dem Virtuellen.¹

Heute zwar pulsiert der Alltag in der Hauptstadt Bogota scheinbar unberührt und normal wie anderswo in der lateinamerikanischen Welt auch, doch in den TV-Nachrichten um 19:00 Uhr dominieren täglich die Berichte über Kämpfe und Scharmützel im ganzen Land, über Gewaltakte, Morde, Entführungen, Sprengungen, Attentate – bis 15 Minuten später mit den Sportnachrichten Fröhlichkeit wiederkehrt. Am südöstlichen Stadtrand von Bogota geht die Kontrolle von der Armee auf die Guerilla über: in der Vorstadt Nazareth, 3000 Meter hoch gelegen, kalt und nebelverhangen, wo Bogota in die Sumapaz-Zone ausweitet, können Angehörige von Entführungsoptionen, wie allgemein bekannt, die Höhe des Lösegeld aushandeln.

Von Überlandreisen im Bus ist dringend abzuraten, denn die *pesca milagrosa*, der wunderbare Fischfang (wie Kolumbianer die Entführungspraxis diverser Guerillas, Paramilitärs oder auch nur gemeiner Banditen galgenhumorig nennen) wirft an improvisierten Straßensperren täglich die Netze aus. Die großen Städte sind zum Gefängnis geworden, dem man nur noch im Flugzeug entkommen kann. In der wichtigen Provinz Antioquia findet bereits die "Schlacht um Medellin" statt, als militärische Auseinandersetzung um die Slums und Vorstädte dieser führenden Industriestadt, wo "urbane Milizen" entweder der Guerilla oder den Paramilitärs zuarbeiten. Heute erleiden im Schnitt täglich elf Kolumbianer das Entführungsschicksal und wandern in eine Art "Kriegsgefangenschaft" im eigenen Land, als Bauern auf dem Schachbrett eines zukünftigen "canje", eines Gefangenen austausches, bei dem es um Personen (Zivilisten gegen Guerrilleros) oder Geld – oder beides – geht.

Was Kolumbien verheert, ist nicht etwa ein konventioneller Krieg oder ein althergebrachter Bürgerkrieg mit eindeutigen Fronten, sondern ein System von "micro-guerras", das auf vielen Flammen köchelt und vor allem die Zivilbevölkerung schikaniert. In den Städten drängen sich an die zwei Millionen *desplazados* (Vertriebene), Euphemismus für die Flüchtlinge aus dem ländlichen Raum, die den grausamen Kämpfen entrinnen wollen; zumindest eine Million Bürger hat in den letzten drei Jahren das Weite gesucht, nach Miami oder sonst wohin, je nach verfügbarem Visum.

Was geht eigentlich vor in Kolumbien, diesem riesigen und wunderschönen Land, reich an Bodenschätzen und fruchtbarem Ackerland, Lieferant von hervorragendem Kaffee, industriell auf der Höhe der Zeit, heute Energie-Exporteur, mit Kohle, Erdgas und Erdöl, dessen Rendite die 40 Millionen Einwohner bequem nähren könnte? – Regiert wurde Kolumbien 150 Jahre lang von einer eleganten und selbstbewussten Aristokratie, der man eine evolutionäre Modernisierung des Landes zutrauen wollte. Tatsächlich erlebte das Land produktive und dynamische Zwischenphasen.² So

¹ "The whole idea of Colombia as a functioning nation, critics argued, was a fiction." Julia E. Sweig, What Kind of War for Colombia? In: Foreign Affairs, September/October 2002, S. 125.

² José Antonio Ocampo (Hg.), Historia Económica de Colombia, Bogota 1991.

zum Beispiel die ersten drei Jahre der *revolución en marcha* (1934-37) des liberalen Reformpräsidenten Alfonso Lopez Pumarejo oder die 1960er Jahre, als schüchtern eine Agrarreform eingeleitet wurde. Im Unterschied zu anderen Südamerikanern gab es für Kolumbien in den 1980ern kein Schuldenproblem.

Allerdings, ein Krebsübel kolumbianischer Politik wucherte die ganze Zeit über: Kolumbiens Aristokratie teilte sich in zwei Parteilager, Liberale (*Partido Liberal*, mit der Farbe rot) und Konservative (*Partido Conservador*, Farbe blau). Deren permanenter Wettbewerb um die Kontrolle des Staatsapparates trieb das Land immer wieder in Bürgerkriege, in denen "blaue" und "rote" Bauern einander zerfleischten, gegängelt von einer kruden Klientelpraxis, mit *gamonales* (anderswo Kaziken genannt) als lokaler Kontrollinstanz, der sich zu entziehen praktisch unmöglich war.³ Besonderes katastrophal fiel der "Tausend-Tage-Krieg" der Jahre 1899 bis 1902 aus, als die Liberalen gegen den konservativen Zentralismus aufbegehrten: Von der damals vier Millionen Köpfe zählenden Einwohnerschaft Kolumbiens kamen mehrere Zehntausend um. Noch schlimmer wütete die *violencia* während der 1950er Jahre, die an die zweihunderttausend Kolumbianern das Leben gekostet haben dürfte. Immerhin zeigte die aristokratische Elite damals genug Vernunft, um nach dem Zwischenspiel einer kurzen Militärregierung 1958 einen großkoalitionären *Frente Nacional* zu bilden, als liberal-konservatives Machtkartell, dem es tatsächlich gelang, die *violencia* auf ein erträgliches Maß zu reduzieren. Auf diese Weise kam es in den Dekaden danach zu einer beeindruckenden Industriemodernisierung, die Kolumbien zu den erfolgreichen Gesellschaften Südamerikas aufrücken ließ. Indes, das Machtmonopol der liberal-konservativen Großkoalition (in der politikwissenschaftlichen Debatte inzwischen ein vielzitiertes Fall der "consociational democracies"⁴) blockierte politische Alternativen immer wieder ab, sei es mittels Ausgrenzung, Mord oder Wahlfälschung (letzteres besonders krass 1970, als die Bewegung des Exdiktators Rojas Pinilla um den Urnensieg betrogen wurde – weswegen die frustrierten Anhänger die nationalkatholische M-19-Guerilla aufbauten).

Trotzdem ließ sich in der Dekade der 1980er, nach Auslaufen des großkoalitionären *Frente Nacional*, politisch Manches bewegen, auch mit Friedensverhandlungen und Amnestieangeboten, die zum Beispiel die M-19-Guerilla in die Legalität der politischen Landschaft hereinholte. 1991, als Kolumbiens neue Verfassung, erarbeitet nicht nur von Parteienvertretern, sondern auch von zahlreichen Vertretern der Zivilgesellschaft, Indianer eingeschlossen, im großen Konsens ausreifte, setzte das Land überhaupt zu einem Qualitätssprung an. Guerilla-Gewalt und *violencia* schienen damals auszutrocknen.⁵ Jedoch heute, zwölf Jahre später, kontrollieren verschiedene Guerilla-Bewegungen das Hinterland und beginnen die großen Städte einzukreisen.

Was ist schiefgelaufen? Kolumbien hatte das Pech, während der letzten zwanzig Jahre überdeutlich in das strategische Visier der Vereinigten Staaten zu rücken. Denn in der Tat, Kolumbiens *Colonos* (Siedlungsbauern in peripheren Regionen) sowie Kolumbiens tüchtige Händler und Unternehmer begannen angesichts der nie versiegenden Nachfrage in den Industriegesellschaften das zu tun, wozu Entwicklungsexperten immer geraten hatten: Anzubauen oder zu vertreiben, was am Markt die besten Gewinne abwirft, nämlich Marihuana, Coca-Blätter, Coca-Paste, letzthin auch Mohn und Mohn-Produkte. Aus der Perspektive der Vereinigten Staaten stieg somit nach Bolivien und Peru auch Kolumbien zu den Bösewicht-Staaten auf, wo der "Krieg gegen die Droge" bis an die Wurzel zu verfolgen war. Aus dem illegalen Drogengeschäft resultierten enorme Mengen an Schwarzgeld, welches Schritt für Schritt die kolumbianische Gesellschaft korrumpierte, auch die klassischen Unternehmerfamilien, die Finanzinstitutionen, die Politik. Kolumbiens Elite, deren traditionelle

³ Alvaro Tirado Mejia (Hg.), *Nueva Historia de Colombia*, Bogota 1989ff. 6 Bände.

⁴ Jonathan Hartlyn, *The Politics of Coalition Rule in Colombia*, Cambridge 1988.

⁵ Michael Stührenberg, *Guerilla in Kolumbien – das letzte Gefecht*, in: GEO, Januar 1993, S. 82-102.

Parteienbasis inzwischen zerbröckelte, streifte während der letzten beiden Präsidentschaften viele ihrer Tugenden ab, handelte verantwortungslos und erlag selber der Korruption. Kolumbiens vife Unternehmenschaft versumpfte in Teilen im illegalen Drogenhandel, der auch die Banken penetrierte.

Dies wiederum bewirkte eine harsche Reaktion der Vereinigten Staaten, die den "Krieg gegen die Droge" exemplarisch an Kolumbien vorexerzierte.⁶ Nach dem Scheitern diverser Amnestie- und Friedensverhandlungen eskalierte in den 1990ern die Auseinandersetzung. Totgesagte Guerillagruppen rekrutierten neue Mitglieder und wuchsen zu beachtlicher militärischer Stärke an. Insbesondere die Bauernpartisanen der Dekaden alten FARC (*Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia*) – sie wurzeln in der *violencia* der 1950er - beziehungsweise der ideologisch modernere ELN (*Ejercito de Liberación Nacional*) profilierten sich erneut. Denn die USA warfen bald Droge und Guerilla in einen Topf, machten als neuen Feind die "Narco-Guerilla" aus, begannen im Rahmen des 1,2 Milliarden Dollar schweren *Plan Colombia* (diese Gelder durften ursprünglich nur für Drogenbekämpfung verwendet werden: seit Mitte 2002 dienen sie auch der Guerilla-Bekämpfung) mit Aufrüstungen für Kolumbiens Armee und lieferten vor allem viel Gerät. Flugzeuge, eskortiert von bewaffneten Helikoptern, besprühen heute weite Flächen des Landes mit Entlaubungsmitteln (Glyphosate und Cosmos-Flux 411F, geliefert von US-Chemiekonzernen), die angeblich nur Mohn-Felder oder Coca-Stauden versengen, aber ansonsten harmlos sein sollen.⁷

Kolumbiens ländliche Bevölkerung weiß es leidvollerweise anders. So konnte die Guerilla sich als Schutzkraft der Coca- und Mohnbauern aufspielen, gemeinsam gegen den "Imperialismus" antreten und sich als politische Alternative gerieren. Daraus erwuchs im Laufe der Neunziger ein dynamischer Wirtschaftszweig, denn die Guerilla erhob - und erhebt - von den Bauern und Händlern Steuern, erpresste im ganzen Land Schutzgelder, diversifizierte zu anderen Formen der Parallelwirtschaft und endete schließlich systematisch beim lukrativen Entführungs-geschäft. Jährlich werden auf diese Weise von Guerilla-Gruppen Hunderte von Millionen Dollar umgesetzt. Politische Inhalte blieben dabei auf der Strecke. Mit einem "Che" Guevara, immer noch Ikone der klassischen lateinamerikanischen Guerilla, haben diese Akteure heute nichts mehr gemeinsam. Vielmehr handeln ihre Comandantes als ideologiefreie "Warlords", nicht weniger brutal als die Armee - die bisher nie wirklich gekämpft hat. Deswegen fungieren als Verteidiger des Establishments die Paramilitärs (*Autodefensas Unidas de Colombia* – AUC), deren Mitglieder, von der konventionellen Armee kaum unterscheidbar, neben den eigentlichen Scharmützeln gegen die Guerilla besonders böseartig gegen angebliche Sympathisanten der "Subversion" vorgehen und bevorzugt Menschenrechtler, Universitätsprofessoren, Pfarrer und Intellektuelle ermorden.

Kolumbiens früherer Staatchef Andrés Pastrana (1988-2002), den es als Präsidentensohn nach dem Friedensnobelpreis gelüstete, versuchte trotzdem eine hochriskante Friedensstrategie, indem er den FARC-Guerrilleros des alternden Bauernführers Manuel Marulanda (vulgo "TiroFijo" – sicherer Schuss) eine 41.000 Quadratkilometer weite Autonomiezone (das entspricht der Hälfte von Österreich!) einräumte, in der die FARC Hoheitsrechte ausübte – keineswegs zur Freude der dort lebenden Streubevölkerung: denn die jungen Burschen (zuerst ab zwölf, dann, nach vehementen Protesten der an dieser Frage tapfer engagierten EU-Botschafterinnen, ab 15 Jahren) wurden als Rekruten eingezogen, Steuern wurden erhoben, revolutionäres Recht wurde gesprochen etc. Die FARC gewann damit internationale Anerkennung, entsandte "Botschafter" nach Mexiko und Europa, stockte ihr Vermögen auf und machte den Staat zum Gespött. Frieden kam keiner zustande.

⁶ Russell Crandall, *Driven by Drugs: U.S. Policy toward Colombia*, Boulder 2001.

⁷ "The chemicals used in the coca spraying, in the manner in which they are applied, do not pose unreasonable risks or adverse effects to humans or the environment." State Department Report on the Areal Spray Program, Washington D.C., September 2002, S. 3.

Am 20. Februar 2002 musste das surreale Experiment nach dreijähriger Dauer vom kolumbianischen Staatschef abgebrochen werden.

Inzwischen war es in New York zum 11. September gekommen. Die USA, tief traumatisiert, riefen einen neuen Feldzug aus, diesmal gegen den "internationalen Terrorismus". Obschon Lateinamerika im allgemeinen und Kolumbien im speziellen mit dem islamisch-fundamentalistischen Anschlag auf die westliche Moderne nicht zu tun haben, tauchten auf der US-Liste terroristischer Organisationen alle drei kolumbianischen Gewaltgruppen auf: AUC, FARC und ELN. Eine eigene Terrorliste der Europäischen Union nahm vorerst nur die AUC auf, doch nach außergewöhnlich brutalen Kämpfen zwischen AUC und FARC in der Pazifikprovinz Chocó (wo in der Ortschaft Bojayá 120 Zivilisten, verschanzt in der Kirche, umkamen), landete auch die FARC auf der europäischen Liste. (Interessanterweise spart Brüssel den ELN vorerst noch aus.) Und wieder soll aus der Perspektive Washingtons ein Test im Krieg gegen den "internationalen Terrorismus" in Kolumbien erfolgen. Dies erklärt den phänomenalen Aufstieg des heutigen Präsidenten Alvaro Uribe, der mit Hilfe der USA den Krieg im eigenen Land gewinnen will. Dafür erhält er jede nur denkbare Unterstützung aus Washington, von militärischer Ausrüstung bis zu üppiger Finanzhilfe: Kolumbien steht heute nach Israel und Ägypten weltweit an dritter Stelle der Empfangsländer.

Allein, Uribe ist kein Büttel der Vereinigten Staaten. Dieser spartanisch lebende, unermüdlich arbeitende strenggläubige Katholik passt in kein einfaches Schema. Uribes Vater war von der FARC ermordet worden. Kurze Studienaufenthalte absolvierte der heutige Präsident u.a. in Oxford und Harvard. Politisch profilierte er sich zuerst in seiner Heimatprovinz Antioquia, deren Hauptstadt Medellin den Schlüssel zum derzeitigen Gewaltproblem abgibt. Als Gouverneur von Antioquia experimentierte er mit einer eigenen Anti-Guerilla-Strategie, in der die CONVIVIR (*Cooperativas Comunitarias de Vigilancia Rural*) von der Armee leichte Waffen erhielten.

Gerade weil Präsident Uribe dem aristokratischen Establishment entstammt, weiß er nur zu gut um dessen Laster. Dazu gehört vor allem wenig Lust zum Steuerzahlen (die traditionelle Schwäche des kolumbianischen Staats hängt sehr direkt damit zusammen). Außerdem kennt Präsident Uribe präziser als andere den katastrophalen Zustand des Landes, dessen immer höherer Gewaltpegel letztlich die Wirtschaft abwürgt. In einer bemerkenswerten Diagnose, die Alvaro Uribe im Frühjahr 2002 als Regierungsprogramm vorlegte, wird schonungslos Kolumbiens Zerrüttung aufgedeckt.⁸ Hier zur Illustration nur diese Zahl: Kolumbiens Pro-Kopf-Einkommen ging von 2.257 Dollar im Jahr 1996 auf 1.890 Dollar (2001) zurück. Weiters: Infolge der bürgerkriegsartigen Wirren leben von den 40 Millionen Einwohnern 23 Millionen in Armut; 7.4 Millionen vegetieren im Elend.

Was tun? Uribes Antwort: Sicherheit schaffen! Den Staat revitalisieren! Die korrupte Politikerkaste entmachten (z. B. durch Reduzierung des Parlaments auf eine Kammer)! Sozialprogramme forcieren! – Um zu einem *estado comunitario* (ja, der Präsident verwendet das kommunitaristische Vokabular!) zu gelangen. Seit Regierungsantritt am 7. August lässt der Staatschef, dessen sanftes Auftreten einen stahlharten Kern verbirgt, täglich mehrere Dekrete, Gesetzesentwürfe und administrative Maßnahmen auf die kolumbianische Gesellschaft niederprasseln. Vorrangig geht es um mehr Geld, also höhere Steuern – wobei die erste Maßnahme, eine spezifische Vermögensabgabe, nur die oberen Einkommensgruppen traf. Es folgten freilich steuerliche Belastungen für alle. Aber auch die Entstaatlichung schreitet voran. Zum Beispiel soll der SENA – Kolumbiens vorbildliches Programm der Lehrlingsausbildung - privatisiert werden. Ein erster Generalstreik der öffentlich Angestellten signalisierte immerhin Widerstand dagegen. Zudem will der neue Präsident eine Armee, die endlich kämpft. Zu diesem Zweck sollen die Sicherheitskräfte

⁸ Programa de Gobierno, „Mano Firme, Corazón Grande. El Camino de la Confianza“, Bogota, Mai 2002.

um 55.000 Berufssoldaten und 100.000 Polizisten aufgestockt werden. Eine Million Bürger – dieser Vorschlag des eisernen Innenministers Fernando Londoño Hoyos stößt in weiten Teilen Kolumbiens auf Abscheu – sollen als milizähnliche Hilfspolizisten und *soplones* (Spitzel) Verdächtiges melden. Dass eben dieser Innenminister, der auch das Justiz-Portefeuille innehat, alle ausländischen NGOs pauschal als “Kommunisten“ denunziert, ist kein gutes Zeichen. Ein – umstrittenes – Referendum noch im Jahr 2003 soll alle diese Reformvorhaben absegnen.

Mit der Guerilla – im neuesten Sprachgebrauch “Banditen“ – darf vorerst nicht verhandelt werden. Allerdings ersuchte Präsident Uribe die Vereinten Nationen um gute Dienste, um eventuell auf diesem Weg zu einem *canje*, dem Austausch von Gefangenen, zu kommen: Einige Tausend entführte Zivilisten – darunter die couragierte Senatorin Ingrid Betancourt⁹ und Guillermo Gaviria, Gouverneur von Antioquia – gegen (eventuell) einige hundert inhaftierter Guerrilleros. Außerdem wird an einem Finanzrahmen gearbeitet, um Guerilla-Angehörige (von denen viele dem bäuerlichen Lumpenproletariat entstammen) gegen Geld abzuwerben: Dreitausend Dollar will die Regierung pro Kopf an Überläufer auszahlen (wobei als Annahme eine spezielle Finanzhilfe seitens der Europäischen Gemeinschaften gilt).

Kurz, in Bogota weht ein neuer, rauer Wind. Noch ist nicht ausgemacht, ob daraus ein militärischer Sturm wird. Am ehesten verstehen die Zeichen der Zeit nach dem 11. September die ELN-Führer, die über kubanische Vermittlung diskret über eine mögliche Amnestie verhandeln. Auch der berüchtigte AUC-Kommandeur Carlos Castaño versuchte von der Terrorliste wegzukommen, indem er zuerst seine Truppe auflöste und dann wieder neu begründete. In diesem Fall machte allerdings die US-Rechtsprechung einen Strich durch die Rechnung, indem sie im Oktober 2002, völlig unerwartet, Castaños Auslieferung als Drogenverbrecher verlangte: Castaño ging logischerweise selber in den Untergrund.

Starrköpfig bleibt auf alle Fälle die ebenso rücksichtslose wie hinterwäldlerische FARC (inzwischen von Antonio Caballero, Bogotas geachtetstem Kolumnisten, als “Kolumbiens Rote Khmer“ eingestuft). Was die Annahme realistisch erscheinen lässt, dass Präsident Uribe seine einigermaßen auf professionellen Stand aufgerüstete Armee zu einigen harten Militärschlägen gegen die – über das ganze Land verstreuten – Bauernpartisanen der FARC mit ihren rund 20.000 Kämpfern einsetzen wird. Allerdings könnte die FARC in der Bedrängnis böse zurückschlagen und Attentate auf die Infrastruktur verüben: Brücken sprengen, Wasserwerke in die Luft jagen, Erdölpipelines zünden (was bisher die Spezialität des ELN war), Hochhäuser atomisieren etc. Bereits jetzt läuft eine FARC-Sabotage gegen Bürgermeister, die in bestimmten Regionen vor der Wahl stehen, zurückzutreten oder füsiliert zu werden: auf diese Weise sollen “entstaatliche Territorien“ entstehen, in denen nur noch die Bauernpartisanen das Sagen haben. An die sechzig Bürgermeister entschieden sich bereits für den Rücktritt; andere amtieren außerhalb ihrer Kommunen an sicheren Orten, z.B. in Armeekasernen.

Was auf das – ganz und gar nicht lustige – Spiel hinauslaufen könnte: Who will blink first? Wer lenkt, angeschlagen, als erster ein, um in ein, zwei Jahren wieder nach dem Verhandlungstisch zu rufen?

Der Krieg kann vorerst also so richtig losgehen. Aber was für ein Krieg ist das? Lateinamerika hat im 19. und frühen 20. Jahrhundert einige klassische zwischenstaatliche Kriege – meistens in Zusammenhang mit Wettbewerb um Ressourcen – geführt. Solche Konflikte spielen

⁹ Ingrid Betancourt, *La rage au coeur*, Paris 2001. (Eine zornige Abrechnung der kolumbianischen Präsidentschaftskandidatin, die auch die französische Staatsbürgerschaft besitzt, mit dem zuletzt verrottenden politischen Establishment Kolumbiens, welches sie als Klügel eines „Banditen-Staates“ anspricht.)

erfreulicherweise keine Rolle mehr. Misslungene – oder fehlende – sozialpolitische Lösungen setzten im 20. Jahrhundert eine breite nationalrevolutionäre Strömung in Gang, beginnend mit der Mexikanischen Revolution (1910ff), gipfelnd in der kubanischen Revolution (1959ff) und bei den *Sandinistas* in Nicaragua (1979-90). Was eine Variante des “Internal War“ (Guerilla vs. Gegen-Guerilla) schuf. Kohäsion erhielt dieser spezielle lateinamerikanische Bürgerkrieg nach 1945 durch die Kalte-Krieg-Logik, die insbesondere der ideologisch orientierten Partisanen-Guerilla strenge Verhaltensregeln (insbesondere im Umgang mit der Zivilbevölkerung) vorgab.

Heute steht Kolumbien jenseits davon: Der südamerikanische Konflikt-Staat belegt treffend die These über die “neuen Kriege“.¹⁰ Dabei konkurriert der einstige Macht- und Kriegsmonopolist Staat mit parastaatlichen und privaten Akteuren, wird untergraben von Söldnern, entideologisierten Guerrilleros, Terroristen und “Warlords“, die alle vom Krieg leben und daher nicht notwendigerweise den Frieden suchen. Das macht den kolumbianischen Fall so schwierig. Rein intern ist dieser Konflikt auch nicht mehr lösbar. Deswegen kommt externen Akteuren eine immer wichtigere Rolle zu.¹¹ Indes, nicht alle wollen sich engagieren. Die Südamerikaner, obschon als unmittelbare Nachbarn von der Transnationalisierung des kolumbianischen Konflikts längst betroffen, schauten bis dato weg. Brüssel, in den 1980ern ein engagierter Vermittler in Mittelamerika, macht diesmal auf Abstention (obschon eine Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und der lateinamerikanischen Rio-Gruppe zugunsten einer Friedenslösung in Kolumbien immer noch Attraktives versprechen würde). Die Vereinten Nationen beschränken sich auf die Verteidigung der Menschenrechte. Einzelne europäische Staaten haben Ideen, finden aber keinen regionalen Widerhall. Deutschlands Mediation im kolumbianischen Konflikt, 1998 zugunsten des ELN im Kloster Himmelsporten bei Mainz optimistisch begonnen, führte anschließend in Sackgassen.

Somit bleiben vorerst die Vereinigten Staaten hegemonial dominierend auf dem Plan. Washington setzt voll auf Präsident Alvaro Uribe, der eine militärische Teil-Lösung erzwingen will. Es spricht für die Flexibilität Kolumbiens, dass solche Versuche im Rahmen einer funktionierenden Formaldemokratie erfolgen. Indes, diese franst an den Rändern zusehends aus. Dieser “Regime-Hybrid“, wie Heidrun Zinecker¹² in einer bemerkenswerten Analyse die kolumbianische Gemengelage aus zivilherrschaftlichen, demokratischen, liberalen, aber eben auch kriminellen, violenten und autoritären Elementen nennt, will handlungsfähiger werden. In der Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten droht das Autoritäre vorzurücken. Wenn damit der Frieden erzwungen werden soll, stehen Kolumbien noch härtere Prüfungen bevor. Was aber auch heißen kann, dass infolge der für alle immer höheren Kosten Kolumbiens “war-system“ kollabieren wird und somit dem Frieden eine bisher nicht sichtbare Tür öffnet. Dies ist zumindest die optimistische Annahme von Nazih Richani, dessen gerade erschienenenes Buch¹³ die präziseste Diagnose des kolumbianischen Konflikts ergibt.

¹⁰ Herfried Münkler, Die neuen Kriege. Reinbek bei Hamburg, Rowohlt 2002.

¹¹ Sabine Kurtenbach (Hg.), Kolumbien zwischen Gewalteskalation und Friedenssuche. Möglichkeiten und Grenzen der Einflussnahme externer Akteure, Frankfurt/Main 2001.

¹² Heidrun Zinecker, Kolumbien – Wie viel Demokratisierung braucht der Frieden? Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung-Report 2/2002.

¹³ Nazih Richani, Systems of Violence. The Political Economy of War and Peace in Colombia. Albany, State University of New York.